

Abonnementpreis:  
Der unparteiische — jeden Wochentag  
Wend (mit dem Datum des folgenden  
Tages) zur Verbindung gelangende  
Landes-Anzeiger mit Beiblättern kostet  
monatlich 60 Pf. bei den Ausgaben  
in Chemnitz und den Vororten, sowie bei  
der Post. (Eingetragen unter Nr. 4633.)  
Jahresbuch (Beihachtsblätter) d. Anzeigers.  
Jahresbuch (Beihachtsblätter) d. Anzeigers.

Verlag: Alexander Wiede,  
Druckerei, Chemnitz.

# Sächsischer Landes-Anzeiger

mit „Chemnitzer Stadt-Anzeiger“.

Beiblätter: „Tägliches Unterhaltungsblatt“ und humoristisch illustriertes Sonntagsblatt „Lustiges Bilderbuch“.

## Amtliche Bekanntmachungen sächsischer Behörden.

Auf dem, die Amtsgesellschaft unter der Firma Damitz und Spinnerei-Maschinenfabrik in Chemnitz betreibenden Hause 1580 des Handelskonskretts für den Stadtbezirk Chemnitz wurde heute verhandelt, daß laut Beschlüsse der Generalsammlung vom 8. December 1885 am Stolle des renditiven Status von 6. Juni 1883 das Sonto vom 8. December 1885 getreten ist. Hierzu wird im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. October 1884 folgendes aus dem Sonto bekannt gemacht: Wosel der Gesellschaft in der Betriebs der Maschinenfabrik einstellige Nebenbranchen und insbesondere die Fortführung der früher unter der Firma: Theodor Wiede's Maschinenfabrik in Chemnitz befindenden Maschinenfabrik. Der Verstand besteht aus einem bis drei Mitgliedern (Directoren), welche vom Aufsichtsrath bestellt werden. Auch kann der Aufsichtsrath selbstvertretende Mitglieder des Vorstandes ernennen. Alle Entlassungen und Unterzeichnungen, welche die Gesellschaft verpflichten sollen, müssen durch zwei Directoren oder durch einen Director und einen Prokuristen des Gesellschaften abgesegnet werden. Der Aufsichtsrath besteht aus mindestens drei und höchstens sechs Personen, welche von der Generalsammlung auf die Dauer von höchstens vier Jahren gewählt werden. Die Generalsammlungen der Aktiengesellschaft, welche in Chemnitz stattfinden müssen, werden durch öffentliche Bekanntmachung, welche spätestens 15 Tage vor dem Versammlungstage erscheinen muß, von dem Vorstand oder dem Aufsichtsrath berufen. Die in der Generalsammlung zu verhandelnden Gegenstände sind bei der Berührung behutsam zu machen. Alle Bekanntmachungen der Gesellschaft müssen durch den Deutschen Reichsanzeiger, das Chemnitzer Tagblatt, den Dresdenner Anzeiger und die Berliner Zeitung erfolgen.

Chemnitz, am 9. Februar 1886.

Königliches Amtsgericht.

Das im Grundbuche auf den Namen Friedrich Eduard Rünke eingetragene, in Abrof. Chemnitz gelegene Grundstück, das mit Garten, Sollum 64 des Grundbuchs für Abrof. Nr. 43a, 43b, 56 des Kurbuchs, Nr. 64 des Brandkassen für genannten Ort, gesetzte auf 2450 Mark, soll im bisherigen Amtsgericht zwangsläufig versteigert werden und ist der 15. März 1886 Vor- mittags 10 Uhr als Auktionstermin, ferner der 2. April 1886 Vormittags 10 Uhr als Termin zur Verbindung des Versteigerungsbüros anzubekommen. Die Nachberichtigungen werden aufzuhören, die an dem Grundstück liegenden Ansände an wiederkehrenden Leistungen, sowie Kostenforderungen, spätestens im Auktionstermin anzumelden. Eine Übersicht der auf dem Grundstück liegenden Ansprüche und ihres Rangordnungs kann nach dem Auktions- termin in der Gerichtsschreiberkammer nach dem unterzeichneten Amtsgericht eingesehen werden.

Chemnitz, am 8. Februar 1886.

Königliches Amtsgericht.

Zu dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bükers Christian Anton Röhl in Erfenschlag ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Bewilligers, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußurtheil der bei der Bertheilung zu berücksichtigenden Herbergen und zur Bertheilung der Blühdörfer über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlussurtheil auf den 9. März 1886, Vormittags 10 Uhr vor dem Königlichen Amtsgericht hierfür bestimmt.

Chemnitz, den 10. Februar 1886.

Büro, Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts.

## Telegraphische Nachrichten.

Vom 10. Februar.

Berlin. Die überseiten Blätter sind zwar mit dem Zweck der Kolonisationsvorlage einverstanden, tadeln aber die Verfassungswidrig, daß dem Landtage der Einstuß über die Verwendung der Gelde entzogen sein soll; jener wird die Summe von 100 Millionen zu hoch gefunden, da unter Friedrich Wilhelm III. schon 3 Millionen Thaler genug hätten. Die „Nationalzeitung“ findet die Vorlage nicht befürchtigend.

Berlin. Im Abgeordnetenhaus stand heute wieder ein Gespräch zur Polenfrage statt. Nach § 27 der Geschäftsvorordnung des Hauses soll über Anträge, die eine Geldbewilligung in sich schließen oder herbeizuführen bestimmt sind, eine Abstimmung im Plenum erst stattfinden dürfen, nachdem eine Commission darüber berathen hat. Über den Antrag Schenck war ohne vorherige kommissarische Beratung abgestimmt worden, was die Freifranzosen, die Polen und das Centrum veranlaßt hatte, durch Verstöße des Sozialen gegen die Abstimmung zu protestieren. Von den Abg. v. Schleicher und Böhem (Centr.), sowie von Olszembowski u. Gen. (Konservativer und Nationalliberaler) waren nun Anträge eingebracht worden, in denen eine bestimmtere Formulierung des § 27 verlangt werden. Diese Anträge standen heute zur Beratung. Nach längerer Debatte ward der konservativ-nationalliberaler Antrag angenommen.

Siegen. In dem Prozeß gegen den Redakteur des „Siegener Volksblattes“, Bommert, wegen Beleidigung des Propstes Stöder, erkannte das Gericht auf Freispruch.

Paris. Die tumultuarischen Vorgänge in London erregen hier um so mehr die Aufmerksamkeit, als Neptunus in Paris täglich befürchtet wird und Gefahr droht, daß das Beispiel der englischen Revolution ansteckend wirkt. Die hiesigen meist den Engländern feindlichen Blätter drücken Schadenfreude aus. — Freyheit erklärte bezüglich der Orientlage im Ministerrathe, daß die Situation noch vermessen sei, da Frankreich lauernd gegen das türkisch-bulgariische Abdanken protestire und Griechenland seine Haltung nicht ändern wolle.

Rom. Der Papst beschloß die Ernennung eines apostolischen Delegaten in Berlin zum Vertreter aller katholischen Missionen Chinas unter Beibehaltung des französischen Protektorates. Der Papst akzeptierte die Errichtung einer chinesischen Gesandtschaft beim Papst.

London. Angesichts der gestrigen und heutigen Vorgänge in den Straßen der Hauptstadt erogen werden die drohendere Gestaltung der orientalischen Angelegenheiten, noch Morely's große Rede, worin er Gladstone's Verhältnisspolitik gegenüber Irland kritik, doch geringste Interesse. Nur der offene Bruch und die Reuter in der Partei Parneb werden beprochen. Parneb empfahl Ossen, den Vermittler des Kilmarnham-Vertrages, als Kandidaten für Galway, Mayo, Sligo und dreizehn dächernde warme Parishes belämpfen sehr heftig den Kandidaten Parneb als einen Whig und stellen denselben einen localen Kandidaten und Nachänger der Home-Ruler gegenüber. Parneb's Allianz ist gebrochen!

London. Die Juweliere und Goldschmiede schlossen ihre Löwen, da sie das Einbinden von Goldmassen aus den jüdischstämmigen Vorstädten, sowie aus dem Stadtteil Southwark in die City befürchten.

Kopenhagen. Ein königlicher Erlass ermächtigt das Ministerium, zur Abhülfe der Arbeitslosigkeit die von der Regierung beauftragten Arbeitern, soweit möglich, von den königlichen Arbeitern ins Werk legen zu lassen.

Petersburg. Es verlautet sehr bestimmt, daß Russland dem Bunde der Monarchie zwischen dem Sultan und dem ersten Kaisers Alexander betreffs eventueller Vertheilung der europäischen Türken durch bulgarische Truppen seine Zustimmung verweigert. Gleichzeitig wird hier behauptet, Deutschland versucht, daß russische Kabinett zur Zustimmung zu bewegen.

## Hundert Millionen gegen die Polen.

Chemnitz, den 11. Februar.

Das laufend Debatten über die Polenfrage im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenkamme beginnt nunmehr seine Früchte zu tragen: Von dem Reden geht es zum Handeln über! Die preußische Regierung hat mit der Einbringung von Vorlagen in ihrem Landtage begonnen, welche die polnische Agitation und die Polonisierung an den Ostgrenzen einzudammen und dem deutschen Element in der Bevölkerung eine neue sichere Basis geben sollen. Bisher vornehmte die polnische Agitation gegen die Deutschen in den früheren polnischen Gebieten, nunmehr geht der Angriff wieder an die Deutschen über. Vor Jahrhunderten gewann der deutsche Ritterorden das Land dem Deutschen, jetzt müssen die Deutschen daraus sehen, daß sie die mächtig angewachsene polnische Flutwelle einengen und dem deutschen Namen wieder Ansehen verschaffen. Die Polen sollen nicht mit Drang zu Deutschen gemacht werden, aber sie sollen sich daran erinnern, daß sie als Polen doch Bürger eines deutschen Bundesstaates sind und nicht Bürger eines polnischen Zukunftstaates werden können.

Fürst Bismarck hat in seinen beiden Polenreden umfassende Maßnahmen gegen den Polonisimus in Aussicht gestellt, und man weiß ja auch, daß halbe Maßregeln nicht seine Sache sind. Es hat aber doch etwas überrascht, daß schon für die Anstellung deutscher Bauern und Arbeiter in den Provinzen ein der Staatsregierung zur Verfügung zu stellender Fonds von einhundert Millionen Mark gefordert wird, also eine ganz gewaltige Summe. Dieser Betrag wird sich sogar weiter erhöhen, denn es find noch verschiedene Geheimwährungen zu erwarten, die denselben Zweck verfolgen, wie diese erste Vorlage, und die ebenfalls nicht kleine Summen beanspruchen werden.

Besonders soll die deutsche Schule in den Gebieten politischer Zunge eine kräftige Unterstützung erhalten, und zusammen mit einer starken Kolonisation ist die Schule auch am ehesten berufen, einen neuen deutschen Stamm heranzubilden. Daß die polnische Agitation nur dann gebrochen werden kann, wenn in den Provinzen eine genügende Zahl von Deutschen wohnt, die zugleich mit der niederen polnischen Bevölkerung in Verkehr treten und sie dadurch von schädlichen Einflüssen unabhängig machen, ist selbstverständlich, und deshalb hat das Prinzip, die deutschen Ansiedlungen durch Staatshilfe zu fördern, kaum Widerspruch gefunden.

Zudem wird das Abgeordnetenhaus Auktion nehmen, die Vorlage sehr reißig zu prüfen, und zu erwägen, wie eine Verbesserung derselben möglich ist. Im Abgeordnetenhaus hat die Regierung eine unabdingbare Mehrheit, aber auch diese Mehrheit wird sich denn doch dem Nachdrucken darüber nicht verschließen können, daß es zum mindesten neu ist, eine so bedeutende Summe ohne Weiteres als einen Fonds hinzustellen, über dessen Detailverwendung die Volksvertretung nichts mehr zu bestimmen hat. Der Kommission, welche die Ausführung des Gesetzes in die Hand nehmen soll, sollen auch vier Mitglieder des Landtages angehören, aber diese Fünf ist doch etwas zu wenig im Vergleich zur Zahl der Abgeordneten. Die Sache liegt ganz einfach so: Für die Anstellung deutscher Bauern und Arbeiter in den Provinzen wird im preußischen Landtage stets eine unabdingbare und große Mehrheit zu haben sein; es liegt also eigentlich kein Grund dagegen vor, weshalb der Landtag nicht auch bei der Ausführung mitwirken und mithalten soll. Das Parlament in seiner Gesamtheit kann zusammen mit der Regierung die Sache jedenfalls sicherer erörtern, als die beschränkte Zahl der Mitglieder der Kommission. Es ist absolut unnötig, daß der Landtag nur ganz kurzfristig setzt, wo und wie jeder neue Bauernhof angelegt werden soll, aber es wird sich empfehlen, ihm eine Übersicht im Ganzen über das zu geben, was im Laufe eines Jahres geschehen soll. Ein solcher Bericht würde nicht nur sehr freundliche Beziehungen zwischen dem Landtag und Regierung hervorufen, sondern vor allem die Teilnahme der Bevölkerung daran zu erhalten. Insbesondere ist sich bereits um einen Ausnahme-Baustand, oder um eine Staatsgefäßheit der Verteilung, so wäre die Bildung einer Kommission angebracht; gegenwärtig dürfte es vortheilhaftest sein, den Landtag an der Ausführung des Gesetzes teilnehmen zu lassen. Wie scharf die Zurückweisung des preußischen Landtages leidet wird, geht auch aus einer Berliner Meldung unter unsrer heutigen telegraphischen Nachrichten hervor.

## Politische Mundschau.

Chemnitz, den 11. Februar.

Deutsches Reich. Die Einbringung des Socialistengesetzes im Reichstage, die durch Umarbeitung der Begründung etwas verzögert worden ist, wird nunmehr täglich erwartet. Die Beratung der Vorlage im Reichstag wird bald nach Beendigung der dritten Staatsberatung erfolgen.

Zum Branntweinmonopol erklärte am Mittwoch der katholische Finanzminister, von Niedel, Bayern werde in dieser Angelegenheit im Bundesrat nicht willkommen, habe aber an den Ausschüssen bestimmt. Bayern würde etwa 20—30 Millionen aus dem Extrage erhalten. Die Fabrikanten sei in Bayern unmöglich. Das Monopol schädige die mittleren und kleinen Bauern in Bayern nicht, der Bundesrat wolle vielmehr Süddeutschland einen höheren Preis gewähren. Er bitte, in einer so hochwichtigen Sache noch keinen Beschluß zu fassen. Die Beratung (es handelt sich um Petitionen gegen das Monopol) wurde darauf verzögert.

Die Begründung der Colonisationsvorlage, welche dem preußischen Landtage zugegangen ist, führt aus, daß die geforderten Mittel zum täglichen Gewerbe von Grundstücken in den polnischen Gebieten, zur ersten Einrichtung der zu errichtenden Städte und Gemeinden verwendet werden sollen. Die Colonisten sollen wenigstens ausnahmehend Ertrag für die ihnen überlassenen Grundstücke leisten. Es wird klar nachgewiesen, daß die Regierung stets handeln werde.

Der Gewerbe wird stehen in den bestehenden Provinzen ca. 100,000 Hektare; die ganze Summe von 100 Millionen würde, wenn keine weiteren Ausgaben stattfinden, zum Kauf von 200,000 Hektaren genügen. Die Regierung hofft, daß dadurch, daß die von den Colonisten gehabten Betriebe in den Fonds zurückfließen, die Summe zu einer ausreichenden gemacht werden wird. Das ist alles recht schön und gut — aber die preußische Regierung sollt nicht über die Höhe der verfassungsmäßigen Volksvertretung hinaus 100 Mill. fordern. Wie haben uns über dieses Vorgehen im heutigen Reichstag des Nahen ausgesprochen.

In der sächsischen zweiten Kammer hat der Abg. Schill einen Antrag auf Abänderung der Notariatsordnung eingebracht. In ihrer neuen Fassung sollen die Bestimmungen wie folgt lauten: Zu der von einem Notar stattfindenden Verhandlung, über welche ein Protocoll aufgenommen werden soll, ist die Beziehung von Notariatszeugen oder eines zweiten Notars fälschlich nur in den §§ 23 Abs. 3 §§ 34, 38, 39, 40, 41 der Notariatsordnung geboten. Jedenfalls, sowie bei Erteilung eines letzten Willens erforderlich. Die §§ 16 bis 20 der Notariatsordnung treten gleich denjenigen Bestimmungen der letzteren und des Gesetzes vom 9. April 1872, welche sich auf die Anwendung und Beheiligung von Notariatszeugen und eines zugesogenen zweiten Notars bei den Verhandlungen oder auf die Unterzeichnung des Notariatsprotokolls durch diese Person beziehen, für die Fälle außer Kraft, in welchen es deren Beziehung nach § 1 nicht bedarf.

Oesterreich-Ungarn. Im Abgeordnetenhaus in Wien stehen „längst“ Sitzungen bevor, bei denen Tschechen und Deutsche wieder einmal mit ganzer Wucht zusammenstoßen werden. Die Deutschnationalen sind der fortwährenden Unterdrückungen ihrer Sprache überdrüssig und sie beanspruchen deshalb, daß die deutsche Sprache in der ganzen Monarchie die offizielle Staatssprache sein soll, während die in den einzelnen Provinzen übliche Landessprache unter bestimmten Bedingungen zugelassen ist. An eine Annahme des Antrages ist nicht zu denken, da die Deutschen in der Minorität sind, es ist aber doch wieder einmal eine gute Gelegenheit, kräftig über die Zurückhaltung Beschwerde zu erheben, welche den Deutschen zu Theil wird. Gleichzeitig viel Ausdruck hat der Antrag, den österreichischen Holzjazz zu erhöhen.

Frankreich. Die Großgrundbesitzer in Frankreich richten an ihre Regierung, fast genau dieselben Forderungen zur Hebung der Landwirtschaft, wie ihre deutschen Collegen. Sie wollen internationale Doppelwährung, höhere Getreidepreise, höhere Viehzölle. Auf Bevölkerungshilfe haben aber diese Wünsche vorläufig nicht zu rechnen, Ministerpräsident Freycinet hat mit Rückicht auf die Arbeiterschaft jede weitere Volkserhöhung abgeschaut und auch erklärt, daß an eine internationale Doppelwährung nicht zu denken sei. Frankreich hat die Doppelwährung und hat daran zu trogen. — Die französische Regierung soll beschlossen haben, die Gewehre in Reparationsweite umzuwandeln. Die Waffenfabrik in St. Etienne hat bereits die nötigsten Objekte erhalten. Die Umwandlung jedes Gewehres kostet 20 Franken.

England. So haben also, wie wir schon im gestrigen Blatt meldeben, die schlechten Seiten und allerlei antifranzösische Reden auch die sonst so ruhigen Londoner Arbeitern zu offenen Gewaltaktien getrieben. Vor einem Jahre begnügten sie sich noch mit bescheidenen Versammlungen, jetzt ist es schon zum Krawall gekommen, an denen Ausschreitungen das Gesindel der Weltstadt, mit dem der ehrliche Arbeitervielzweck nicht gemeint hat, die Hauptschuld trägt. Den Hauptfeind der droblosen Arbeitern liefern die Bau-Arbeiter, wie Manne und Zimmerleute, welche auf Veranlassung öffentlicher Arbeiten und die Anlage von Arbeitserholungen auf unbekannten Städten dringen, während andere Elemente den ganzen Ton der Gesellschaft mit ihren Brechsteinen und Regen umstürzen möchten. Wahrschlich, der alte Herr Gladstone, dem die irische Angelegenheit schon schlauste Rücksicht bereitet, ist in einer wenig befriedigenden Weise. — Dem „Daily Telegraph“ zufolge beschäftigt die Regierung, die Redner, welche bei den Arbeiterversammlungen am Montag sprachen, in Arrestzustand versetzen zu lassen. Damit ist aber die Bewegung selbst noch nicht unterdrückt.

Dänemark. Das vom König von Dänemark ohne Zustimmung der Landesvertretung erlassene provisorische Finanzgesetz erzürnt die Regierung, alle bestehenden Steuern weiter zu erhöhen und die Ausgaben aus der Staatskasse zu bestreiten.

Orient. Trotzdem der türkische Vertreter zu den Friedensverhandlungen in Bularest seine Vollmachten noch immer nicht hat und auch sonst manche Scherereien sich geltend machen, wird doch auf baldigen Friedensschluß gehofft. Die vertraulichen Besprechungen der einzelnen Befolkmäßigkeiten ergeben schon Resultate, welche auf eine Verständigung hindeuten. — Die serbische Regierung hat einen weiteren Befreiungsgrund erhalten, schnell mit Bulgarien Frieden zu schließen. Es ist in Belgrad ein offenes Geheimnis, daß Montenegro mit Russland gegen Serbien konspirierte, und daß die serbische Regierung sehr erblitten darüber ist, beweist die That, daß der montenegrinische Minister Paulowic, welcher zu einer Rücktrittsmitte mit russischen Gesandten nach Belgrad gekommen war, politisch verhaftet und aufgewiesen wurde. Das ist doch sicher ein starkes Stütz! — Bei griechischen Angelegenheiten erschien die Londoner „Times“, dem griechischen Ministerpräsidenten Deliamnis sei vom englischen Minister des Auswärtigen, Lord Rosebery, mitgetheilt worden, daß neue britische Minister werde die von seinem Vorgänger eingeleitete Orientpolitik fortführen. Die dem Befehlshaber der englischen Flotte im Mittelmeer von Lord Salisbury ertheilten strengen Instructions werden unverändert aufrecht erhalten und unbedingt ausgeführt werden, falls Griechenland zur See gegen die Türkei vorgehen sollte. Damit wäre denn, nachdem Gladstone sich von seinem Minister des Auswärtigen die heilsame Meinung hat beibringen lassen, den Griechen jede Rücksicht genommen, beim Kriege gegen die Türkei einen heimlichen Freund zu finden. Frankreich und Russland haben zwar noch keine Schiffe zur Flottendemonstration abgeholt, aber sie helfen auch Griechenland sicher nicht. Die finanzielle Lage des griechischen Staates ist freilich — Dank den übertriebenen Rüstungen — eine ganz verzweifelte. Griechenland ist, wenn nicht ganz, so doch neunzehnt „pleite“!

## Aus dem Reichstag.

— nn. Berlin, den 10. Februar.

Die dritte Beratung des Reichshaushaltseis wird fortgesetzt bei der gestern abgebrochenen Debatte über die Währungsfrage. Abg. v. Scholz (Centrum) ist den verbindlichen Regierungen dankbar dafür, daß sie die Währungsfrage fortgesetzt im Auge behalten und prüfen; er wünscht nur, daß von einem praktischen Ergebnis dieser Prüfung etwas zu merken. Redner tritt eingehend den Ausführungen des Ministers von Scholz im preußischen Abgeordnetenhaus entgegen und betont, an der wirtschaftlichen Rücksicht sei nur unter Währungssystem schuld. Er mache den verbündeten Regierungen keinen Vorwurf daraus, daß sie f. B. die Goldwährung